



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT  
DER MINISTER

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg  
Postfach 103439 • 70029 Stuttgart

Frau  
Andrea Bogner-Unden MdL  
Haus der Abgeordneten  
Konrad-Adenauer-Str. 12  
70173 Stuttgart

Stuttgart 18. Januar 2021  
Durchwahl +49 (711) 126-2691  
Aktenzeichen 25-8982.31/178  
(Bitte bei Antwort angeben!)

## **Mögliche Verteuerung von Kiesabbau im Landkreis Sigmaringen und Substitution durch Bauschuttrecycling**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

für Ihr Schreiben vom 17. Dezember 2020 zum Kiesabbau im Landkreis Sigmaringen und zu Potenzialen für eine Substitution durch Bauschuttrecycling danke ich Ihnen.

Die von Ihnen gestellten Fragen beantworte ich Ihnen gerne wie folgt:

1. *Ist es möglich, ob der vor Ort bestehende Bedarf an Kalk, Kies und Sand zunehmend durch den konsequenten Einsatz von Rohstoffen aus dem Abbruch wie beispielsweise Recycling-Beton ersetzt werden kann? Sie haben hierzu ja bereits das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz geplant.*

Eine Bedarfsplanung findet im Land auf der Ebene der Regionalplanung statt, weshalb zum Rohstoffbedarf einzelner Landkreise keine Aussagen getroffen werden können. Im aktuellen Anhörungsentwurf der Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben von Dezember 2020 wird darauf hingewiesen, dass bereits heute durch Bauschuttrecycling der Verbrauch von Primärrohstoffen um ca. 1 Million Tonnen pro Jahr in der Region gesenkt wird. Unabhängig davon geht der Regionalverband von einem anhaltenden Bedarf

für alle in der Region geförderten oberflächennahen Rohstoffe in Höhe von insgesamt ca. 9 Millionen Tonnen pro Jahr aus.

Aus Sicht des Umweltministeriums gilt es, generell den Einsatz von mineralischen Rohstoffen im Land auf das technisch mögliche Mindestmaß zu beschränken und dem Einsatz von Sekundärrohstoffen - soweit technisch und ökologisch geeignet und wirtschaftlich vertretbar - Vorrang vor dem Einsatz von Primärrohstoffen zu geben. Allerdings wird auch auf lange Sicht der Abbau von Primärrohstoffen zur Versorgung der Bauwirtschaft im Land notwendig bleiben. Die Errichtung und Sanierung von Gebäuden, die Schaffung von Wohnraum sowie eine Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur werden auch langfristig ohne den Abbau mineralischer Rohstoffe im Land nicht möglich sein. Hintergrund ist der weitere Aufbau unserer Infrastruktur und des Gebäudebestandes, der den Umfang von Abbruchmaßnahmen bei weitem übersteigt.

Mit der Ablösung des Landesabfallgesetzes (LAbfG) durch das Landes-Kreislaufwirtschaftsgesetz (LKreiWiG) am 1. Januar 2021 können wir in Baden-Württemberg verstärkt darauf hinwirken, dass der Marktzugang von Recyclingbaustoffen verbessert wird. Dafür bietet besonders die öffentliche Hand aufgrund ihrer Vorbildfunktion bei der Ausschreibung von Bauleistungen und dem umfangreichen Gesamtvolumen öffentlich-rechtlicher Baumaßnahmen einen wichtigen Ansatzpunkt.

In das LKreiWiG wurde deswegen für Baumaßnahmen der öffentlichen Hand eine konkretisierende Spezialregelung zum verstärkten Einsatz von Recyclingbaustoffen aufgenommen. Während § 2 Absatz 3 die schon im bisherigen Landesabfallgesetz geltende Pflicht zur vorzugsweisen Verwendung von Recyclingmaterialien allgemein regelt, enthält der neue Absatz 4 eine Grundsatzregelung mit Vorbildcharakter für den Bereich des Bauens der öffentlichen Hand bei nicht unerheblichen Baumaßnahmen. Danach sind die erforderlichen Bauleistungen so zu planen und auszuschreiben, dass geeignete und gütegesicherte Recyclingbaustoffe gleichberechtigt mit Baustoffen angeboten werden können, die auf der Basis des Einsatzes von Primärrohstoffen hergestellt wurden. Ebenfalls sind bei der Ausführung von nicht unerheblichen Baumaßnahmen der öffentlichen Hand vorrangig Recyclingbaustoffe oder Recyclingbeton zu verwenden.

Unabhängig davon setzt sich das Land gemeinsam mit anderen Ländern im Rahmen der Normung von Bauprodukten dafür ein, den Gedanken einer Kreislaufführung von Baustoffen auch in den einschlägigen Normen stärker zu verankern. Eine Arbeitsgruppe der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) erarbeitet derzeit Vorschläge, wie dieses Ziel in der deutschen sowie der europäischen Normung erreicht werden kann. Aufgrund des erheblichen Zeitbedarfs für Normungsprozesse ist in diesem Bereich eine kurzfristige Verbesserung der Situation allerdings nicht möglich.

2. *Wie hoch schätzen Sie die Menge an Kies ein, die durch andere Rohstoffe ersetzt werden kann?*

Kies oder gebrochener Naturstein kann durch eine Recycling-Gesteinskörnung, die aus aufbereitetem Bauschutt hergestellt wird, zu nennenswerten Teilen ersetzt werden, um ressourcenschonenden Beton (R-Beton) herzustellen. Bei entsprechenden Betonrezepturen kann die Gesteinskörnung aus Primärrohstoffen bis zu 45 Prozent durch rezyklierte Gesteinskörnungen substituiert werden. R-Beton bietet damit die Möglichkeit, die anfallenden Abfallmassen zumindest in Anteilen wieder in den Hochbau zurückzuführen und somit Kreisläufe zu schließen. In Baden-Württemberg wurden 2018 allerdings aus Gründen des noch unzureichenden Marktgeschehens für R-Beton nur etwa 139.000 Tonnen Recyclingmaterial für die Verwertung als Betonzuschlag eingesetzt. Diese Zahl muss in Relation zu den etwa 38,0 Millionen Tonnen Kiese und Sande gesehen werden, die im Land pro Jahr als Rohstoff gewonnen werden. Daraus wird deutlich, dass der Markt für R-Beton über eine sehr hohe, bislang ungenutzte Aufnahmekapazität verfügt, die es künftig verstärkt zu nutzen gilt.

Neben dem Einsatz von Sekundärrohstoffen kann der Verbrauch von mineralischen Rohstoffen durch den verstärkten Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen, allen voran Holz, spürbar reduziert werden. Das Land hat Ende 2018 die Holzbau-Offensive zur Förderung der Holzbauweise gestartet, die einen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele und gleichzeitig zu einer Reduzierung des Verbrauchs von mineralischen Rohstoffen leisten soll. Die Holzbau-Offensive sensibilisiert die am Bau Beteiligten für die Möglichkeiten der

Holzbauweise und motiviert, die Holzbauweise überall dort anzuwenden, wo sie technisch geeignet und wirtschaftlich vertretbar ist.

3. *Was kann darüber hinaus getan werden, um eine zunehmende Nutzung von Recyclingbaustoffen und Substituten zu unterstützen?“*

Bei der Rückgewinnung von Rohstoffen aus Bauwerken stehen Baurestmassen im besonderen Fokus. Bei einem Anfall von jährlich ca. 39 Millionen Tonnen in Baden-Württemberg stellen diese mit rund 80 Prozent am Gesamtaufkommen die größte Abfallfraktion dar. Zu den Baurestmassen zählen im Wesentlichen Bauschutt, Straßenaufbruch, Baustellenabfälle (2018: 11,6 Millionen Tonnen) sowie Boden und Steine (2018: 28,5 Millionen Tonnen). Die Verwertungsquoten dieser Abfälle liegen mit ca. 90 Prozent derzeit sehr hoch. Nur ein sehr geringer Anteil wird deponiert, der Großteil wird auf andere Weise aufbereitet und verwendet.

Bei einem genaueren Blick auf die Verwertungswege wird jedoch ersichtlich, dass eine tatsächliche Kreislaufführung nur teilweise praktiziert wird. Von den jährlich anfallenden etwa 12 Millionen Tonnen an Bauschutt und Straßenaufbruch wird nur ein Bruchteil (siehe dazu auch Antwort zu Frage 2) zu hochwertigen Betonzuschlagstoffen und anderen Baustoffen aufbereitet, die wieder im Hochbau eingesetzt werden. Der überwiegende Teil der aus Bauschutt gewonnenen Gesteinskörnung wird weniger hochwertig eingesetzt, wie beispielsweise im Landschafts- und Wegebau oder als Ausgleichsmaterial.

Zur Verbesserung der Situation hat das Umweltministerium neben seinen gesetzlichen Initiativen die Thematik auch bei geförderten Pilotprojekten wie beispielsweise zum R-Beton und bei der Mitarbeit an den einschlägigen Normen im Blick und setzt sich besonders bei Architektinnen und Architekten, Bauplanungsbüros und Entscheidungsträgern der Bauverwaltung für eine hochwertige Nutzung von Recyclingbaustoffen ein. Damit kann nicht nur die Ressourceneffizienz im Bauwesen verbessert werden, der heimischen Bau- und Recyclingwirtschaft werden ebenfalls interessante neue Marktchancen bei Produktion und Vertrieb innovativer und hochwertiger Recyclingbaustoffe erschlossen.

4. *Von den lokalen Unternehmen wird immer betont, dass sie durch den Kiesabbau lediglich den regionalen Bedarf an Rohstoffen im Landkreis Sigmaringen abdecken. Dies trifft jedoch augenscheinlich nicht zu. Ein großer Teil des Kieses wird aufgrund der Grenznähe in die Schweiz oder nach Vorarlberg exportiert. Können Sie bestätigen, dass durch den Kiesabbau im Landkreis Sigmaringen lediglich der regionale Bedarf an Rohstoffen im Landkreis Sigmaringen abgedeckt wird? Können Sie mir genauere Zahlen zum Exportumfang zur Argumentation vor Ort zur Verfügung stellen?*

Der Export heimischer mineralischer Rohstoffe spielt in der Summe im Land eine untergeordnete Rolle, kann aber in grenznahen Regionen aufgrund des jeweiligen Absatzgebietes an Bedeutung zunehmen. Seitens meines Hauses wurde für eine Versachlichung des Themas eine Studie zu länderübergreifenden Rohstoffströmen in der internationalen Bodenseeregion vergeben. Die Ergebnisse, die im dritten Quartal 2021 vorliegen sollen, können dazu beitragen, hier eine faktenbasierte Diskussion zu führen.

Aufgrund der hohen Transportkosten von Kiesen und Sanden im Vergleich zum Materialwert wird generell davon ausgegangen, dass der größte Teil der Massenrohstoffe im engeren Umkreis einer Abbaustätte verwendet wird. Dies bestätigt eine Studie der Industrie- und Handelskammer (IHK) aus dem Jahr 2017, in welcher für die Region Bodensee-Oberschwaben für etwa drei Viertel der abgebauten Rohstoffe pauschal ein Transportradius von maximal 35 km ermittelt wurde.

Informationen über den Export von Rohstoffen aus einzelnen Landkreisen liegen dem Umweltministerium nicht vor. Laut dem aktuellen Entwurf des Regionalplans verbraucht die Region Bodensee-Oberschwaben ca. 50 Prozent der gewonnenen Kiese und Sande selbst und versorgt somit benachbarte Regionen mit. Dies betrifft vor allem die Region Neckar-Alb.

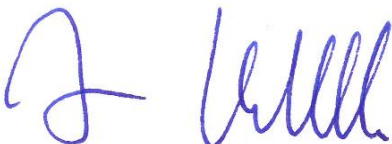
Der Export in die Schweiz und nach Vorarlberg beträgt laut Entwurf des Regionalplans rund 8 Prozent der Jahresförderung. Bei anderen mineralischen Rohstoffen wie zum Beispiel Zement, Gips, Putzen oder auch metallischen Rohstoffen ist die Region Bodensee-Oberschwaben dagegen auf die Belieferung aus anderen Regionen angewiesen.

5. *Welche Möglichkeiten sehen Sie aus Sicht des Landes, um unsere regionalen Ressourcen an Kalk, Kies und Sand so zu verteuern, dass ein Export unrentabel wird?*

Abgaben auf Rohstoffgewinnung zur Steuerung des Rohstoffbedarfs stehen seit Jahren in der öffentlichen und politischen Diskussion. Mit solchen Abgaben ist die Erwartung verbunden, steuernd auf Rohstoffabbau und Rohstoffexporte zu günstigen Preisen einzuwirken sowie Anreize zu mehr Bemühungen um Substitution und Recycling zu schaffen. Gegenstimmen weisen auf die negativen Folgen und die Unwägbarkeiten solcher Abgaben hin, die auch in Baden-Württemberg zu einer – angesichts der weiterhin angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt – problematischen Verteuerung des Bauens führen würden.

Ob Rohstoffexporte durch eine Verknappung des Rohstoffs auf dem Markt oder eine Preissteigerung tatsächlich eingedämmt beziehungsweise verhindert werden können, ist zudem fraglich. Der Güterverkehr mit dem Ausland ist grundsätzlich frei. Unternehmen bleibt es unbenommen, ihre Rohstoffe dorthin zu verkaufen, wo sie den besten Preis erzielen können.

Mit freundlichen Grüßen



Franz Untersteller MdL